

AGF EuropaNews

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – Mai 2019

Inhalt

Nachrichten aus den EU-Institutionen	1
Europawahlen: Kommission begrüßt hohe Wahlbeteiligung	1
Rat der Europäischen Union: Beschlüsse zu „Bildung, Jugend, Kultur und Sport“	1
Europäische Kommission: Vorschriften zu Preistransparenz in der Lebensmittelkette.....	1
EU-Kommission: Rekordsumme für Bildung in Notsituationen.....	2
Nachrichten aus den europäischen Staaten.....	2
Belgien: Französische Gemeinschaft startet Online-Plattform für Lehrkräfte	2
Dänemark: Neues System für Familienrecht tritt in Kraft.....	2
Finnland: Neue Kompetenz- und Unterstützungszentren für Kinder mit Behinderung	3
Frankreich: Plan zur Umsetzung der Autismus-Strategie angekündigt.....	3
Litauen: Reform der Gesetze zum Schutz der Kinderrechte.....	3
Schweiz: Familienfreundlichkeit stagniert	4
Weitere Nachrichten	4
COFACE Positionspapier zu Migration und Bildung.....	4
Internationaler Tag der Familie am 15. Mai	4
Internationaler Tag gegen Homo-, Bi-, Trans- und Interphobie am 17. Mai.....	5
Bukarest-Deklaration zur politischen Beteiligung von Kindern vorgestellt.....	5
OECD Startet Youth Governance Survey.....	5
Berichte und Studien	6
Studie zur Integration der Europäischen Säule Sozialer Rechte in eine vertiefte Wirtschaftsunion	6
EU-Kommission: Studie zu Armut in Erwerbstätigkeit.....	6
EU-Kommission: Bericht zur Wirkung der EU-Jugendgarantie	6
EU-Kommission: Zwei Studien zur Wirkung von Erasmus+	7
EAPN: Bewertung der jährlichen Wachstumsberichte der Kommission.....	7
Population Europe: Discussion Paper zu migrantischen Familien in Europa	7
Schweizer Studie zu digitalen Risiken von Kindern und Jugendlichen	8
Bevorstehende Veranstaltungen.....	8

Nachrichten aus den EU-Institutionen





Europawahlen: Kommission begrüßt hohe Wahlbeteiligung

Die Europäische Kommission bewertet die Ergebnisse der EU-Wahlen insgesamt positiv. Hervorgehoben wurde in ihrem Statement vor allem die hohe Wahlbeteiligung, die mit 50,95 % im EU-Durchschnitt die höchste seit zwanzig Jahren war. Trotz großer Verluste der etablierten Volksparteien und leichtem Zugewinn rechtspopulistischer bis rechtsextremer Parteien seien die zuvor verbreiteten Befürchtungen eines großen Anteils europaskeptischer Parteien im EU-Parlament nicht eingetreten. Die hohe Beteiligung und die Verteilung sei Zeichen für eine funktionierende Demokratie und Verwies auf die Mehrheit pro-europäischer Parteien, sodass die Kommission auf eine konstruktive Arbeit des neuen EU-Parlaments vertraue.

- [Die Ergebnisse der Europawahl im Überblick](#)

Rat der Europäischen Union: Beschlüsse zu „Bildung, Jugend, Kultur und Sport“



Bei der Tagung des Rates „Bildung, Jugend, Kultur und Sport“ am 22. und 23. Mai wurden mehrere Beschlüsse zu Bildung und Arbeit junger Menschen in der EU gefasst. So wurden im Bereich "Junge Menschen und die Zukunft der Arbeit" Maßnahmen gegen Probleme junger Europäer*innen im Übergang ins Erwerbsleben vorgeschlagen. Diese sollen den Übergang von der Ausbildung in die Berufstätigkeit erleichtern, gleichberechtigte Zugangsmöglichkeiten zu guter Arbeit für junge Menschen schaffen und lebenslanges Lernen fördern. Außerdem wurden Leitlinien zur Steuerung des EU-Jugenddialogs angenommen, der zur Umsetzung der EU-Jugendstrategie beitragen soll. So soll die Beteiligung junger Menschen an politischen Prozessen, die gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe von Frauen und Männern in der EU und eine Repräsentation der Perspektiven verschiedener gesellschaftlicher Gruppen in die Politikgestaltung gefördert werden. Angenommen wurde außerdem eine Empfehlung zu frühkindlicher Betreuung, Bildung und Erziehung, die die Qualität der Angebote in diesem Bereich verbessern soll. Zudem wurde die Umsetzung der Empfehlung des Rates für Weiterbildungspfade in den Mitgliedstaaten bewertet. Sie wurden aufgefordert, nachhaltigere Lösungen zu Anforderungen an Qualifizierungsmöglichkeiten zu finden und auch die Arbeitgeber für die Bedeutung von Weiterbildung zu sensibilisieren.

- [Schlussfolgerungen des Rates zum Thema "Junge Menschen und Arbeit"](#) 
- [Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Mitgliedstaaten zur Erstellung von Leitlinien für die Steuerung des EU-Jugenddialogs](#) 
- [Empfehlung des Rates zu hochwertiger frühkindlicher Betreuung, Bildung und Erziehung, 24. April 2019](#)
 [Schlussfolgerungen des Rates zur Umsetzung der Empfehlung des Rates für Weiterbildungspfade: Neue Chancen für Erwachsene, 26. April 2019](#) 

Europäische Kommission: Vorschriften zu Preistransparenz in der Lebensmittelkette

Die Europäische Kommission erweitert ihre Maßnahmen zur Regulierung der Lebensmittelversorgungskette in Europa um Vorschriften zur Preistransparenz für Agrar- und Lebensmittelerzeugnisse. Nachdem sie bereits im April dieses Jahres neue Richtlinien zur Bekämpfung unlauterer Handelspraktiken und zur besseren Überprüfung entlang der Lebensmittelkette beschlossen hatte (vgl. [EuropaNews 04/2019](#)), sollen die neuen Vorschriften

Klarheit und Vergleichbarkeit von Preisinformationen schaffen. Es sollen die Unterschiede zwischen An- und Verkaufspreisen offengelegt werden, um Kosten für z.B. Transport und Lagerung aufschlüsseln zu können. Zwar gebe es bereits umfassende Informationen über die Entwicklung der Agrarmärkte wie Produktionsvolumen und Abnehmerpreise, die Preisbildung in der Verarbeitung und dem Groß- und Einzelhandel sei jedoch nicht ausreichend dokumentiert. Dies führe zwischen Landwirten und den weiteren Akteuren der Branche zu einer Informationsasymmetrie, deren Abbau die neuen Maßnahmen bewirken sollen. Konkret sollen die Mitgliedstaaten Marktinformationen erheben und der Kommission übermitteln, die sie in den EU-Marktbeobachtungsstellen und dem Agrar- und Lebensmittelportal zur Verfügung stellen wird. Nach dem Beschluss der Kommission geht der Vorschlag nun in das vierwöchige Konsultationsverfahren und soll nach endgültiger Annahme nach sechs Monaten in Kraft treten.

- [Agrar- und Lebensmitteldatenportal](#) 
- [EU-Marktbeobachtungsstellen](#) 

EU-Kommission: Rekordsumme für Bildung in Notsituationen

Die EU-Kommission stellt im Jahr 2019 die bisher höchste Summe von 164 Millionen Euro für den Bereich Bildung in ihren Ausgaben für humanitäre Hilfe zur Verfügung. Im Vergleich zu einem Prozent dieser Ausgaben im Jahr 2015 sei der Anteil für Bildung in der humanitären Hilfe damit auf zehn Prozent für das Jahr 2019 gestiegen. Die Gelder sollen über Projektpartner wie Nichtregierungsorganisationen und UN-Organisationen den weltweit fast 75 Millionen Kindern zu Gute kommen, die aufgrund von Naturkatastrophen oder politischen Konflikten keinen Zugang zu Schulbildung bekämen. Die Förderung der weltweiten Bildung stelle eine Investition in den Frieden dar, da sie die Grundlage zur Prävention von Gewalt und Radikalisierung schaffe.

- [Zum Factsheet Education in Emergencies](#) 

Nachrichten aus den europäischen Staaten

Belgien: Französische Gemeinschaft startet Online-Plattform für Lehrkräfte

Die Französische Gemeinschaft Belgien (Föderation Wallonie-Brüssel) hat die Veröffentlichung der Online-Plattform „E-Classe“ bekanntgegeben, auf der Lehrkräfte digitale Ressourcen für die Entwicklung ihres Unterrichts abrufen können. Dabei handelt es sich vor allem um bisher 500 Lehrvideos, die in Kürze um weitere 200 von Arte produzierte Clips ergänzt werden sollen. Die Materialien wurden von einer Kommission aus 70 ExpertInnen von Universitäten und Fachhochschulen nach ihrem Bildungswert ausgewählt. Lehrkräfte sollen die Ressourcen nicht nur abrufen, sondern nach ihrem Bedarf für die Unterrichtsplanung auch bearbeiten können. Dies wird über integrierte Bearbeitungswerkzeuge ermöglicht. Die Plattform soll um die Möglichkeit der interaktiven Erarbeitung weiterer Lerninhalte durch Lehrkräfte und die Bereitstellung von E-Learning-Tools zur Weiterbildung von LehrerInnen ergänzt werden.

Dänemark: Neues System für Familienrecht tritt in Kraft

Das System zur Regelung familienrechtlicher Angelegenheiten in Dänemark wurde reformiert. Eine neue Verwaltungsbehörde für Familienrecht ersetzt die bisherige zentralstaatliche Verwaltung. Sie bietet neue

Services zum Konfliktmanagement und ist mit 24 Niederlassungen in Dänemark stärker regional ausgerichtet. Die Familiengerichte wurden ebenso neu organisiert und erhalten einen Sitz in jeder Stadt. Mit einer speziellen Einheit für die Belange der Kinder soll deren Begleitung während der Scheidungs- bzw. Trennungsprozesse gewährleistet werden. Ziel der Reform ist es, durch verbesserte Unterstützung von Eltern und Kindern das Kindeswohl bei familienrechtlichen Auseinandersetzungen besser zu schützen. So sind Eltern von Kindern unter 18 Jahren, die eine Scheidung beantragen, künftig verpflichtet, den Online-Kurs "SES – Den Kindern zuliebe" zu absolvieren. Die Reform wurde nach einer Einigung aller Parteien im Parlament beschlossen.

Finland: Neue Kompetenz- und Unterstützungszentren für Kinder mit Behinderung

Das Ministerium für Gesundheit und Soziales in Finnland plant die Einrichtung von landesweit fünf Kompetenz- und Unterstützungszentren für Kinder mit Behinderungen und ihre Familien. Eine Arbeitsgruppe mit ExpertInnen, die das Ministerium für diesen Plan eingerichtet hat, erarbeitet bis zum 31.05.2020 ein Konzept für diese Zentren. Es soll die Planung des Bedarfs, der Organisation und Finanzierung enthalten. Geplant ist neben sozialen und medizinischen Dienstleistungen für betroffene Kinder und Familien auch die Einrichtung von Forschungsabteilungen, welche die Arbeit der Zentren evaluieren und die Entwicklung des Bedarfs ermitteln sollen.

Frankreich: Plan zur Umsetzung der Autismus-Strategie angekündigt

Die französische Regierung hat anlässlich des weltweiten Awareness-Tages für Autismus am 02. April seinen neuen Aktionsplan 2018-2022 vorgestellt, der im vergangenen Jahr angekündigt worden war. Der Plan sieht vor, die Forschung zu neurologischen Entwicklungsstörungen zu stärken, um verbreitete Fehlannahmen in der Öffentlichkeit und der professionellen Arbeit mit Betroffenen zu korrigieren und ihre Unterstützung nach aktuellen fachlichen Standards zu gewährleisten. Mit einem Frühinterventionspaket soll die Zusammenarbeit von psychologischen und ergotherapeutischen Einrichtungen erleichtert werden: Der Plan etabliert ein Regelsystem der unabhängigen Finanzierung, sodass die Bewilligung von Leistungen schneller von statten gehen soll. Außerdem sieht er die Errichtung von neuen inklusiven Bildungseinrichtungen und die Einstellung von Lehrkräften an Regelschulen vor, die speziell für die Arbeit mit an Autismus erkrankten Kindern ausgebildet sind. Ein weiteres Ziel des Aktionsplans ist die Überführung bisher in psychiatrischen Einrichtungen untergebrachter Menschen mit Autismus in autonomere Wohnformen. Das Budget zum Ausbau des Angebots für betreutes Wohnen wird im Jahr 2019 auf 12 Millionen Euro erhöht.

Litauen: Reform der Gesetze zum Schutz der Kinderrechte

Das Parlament von Litauen hat Änderungen der Gesetze zum Schutz der Kinderrechte beschlossen. So gibt es künftig zwei Unterstützungsmodelle für Familien in schwierigen Lebenssituationen: Ein Programm zur Familienunterstützung, in dem Hilfen zur Erziehung gewährleistet werden und Maßnahmen für den Kinderschutz, bei der Einbindung von Verwandten zur Gewährleistung eines sicheren Umfelds für Kinder zentral ist. Die Maßnahmen sind vor allem dazu gedacht, Eltern zur Umgestaltung ihres Familienlebens und Erziehungsstils zu motivieren, sodass das Kindeswohl bei Verbleib des Kindes in der Familie wieder gesichert ist. Leitgedanke der Reform ist der Grundsatz, dass Kinder ein Recht auf ein Heranwachsen in ihrer eigenen Familie haben sollten. Ein Kind aus der Obhut seiner Eltern zu holen und alternative Wohnmöglichkeiten zu suchen, ist weiterhin gesetzlich

möglich. Dieser Schritt soll jedoch nur in Notfällen getan werden, in denen die Maßnahmen zur Familienunterstützung nicht greifen.

Schweiz: Familienfreundlichkeit stagniert

Die Familienfreundlichkeit von Unternehmen in der Schweiz bleibt unverändert: Für den „Family Score“ von Pro Famila Schweiz wurde für das Jahr 2019 zum dritten Mal eine repräsentative Online-Befragung zum Angebot familienfreundlicher Arbeitsgestaltung durchgeführt. Aus den Antworten der 750 TeilnehmerInnen wird der Index „Family Score“ für die Familienfreundlichkeit gebildet, der mit dem Wert von 62 von 100 auf dem Vorjahreswert liegt. Einzig für die Frage nach der Möglichkeit, gezielt Überstunden für den Abbau zu einem späteren Zeitpunkt machen zu können, hat sich die Zustimmung erhöht. Obwohl die Angebote der Unternehmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht erweitert und zum Teil sogar reduziert wurden, hat die Bedarfsdeckung sich erhöht. Pro Familia bewertet dieses Ergebnis als Anzeichen zur verminderten Erwartungshaltung von Beschäftigten und nimmt an, diese würden für z.B. Betreuungsprobleme eher individuelle Lösungen finden, als ihren Bedarf gegenüber Arbeitgebern zu artikulieren.

Weitere Nachrichten

COFACE Positionspapier zu Migration und Bildung

COFACE Families Europe hat ein Positionspapier zur Rolle von Migration und Bildung für inklusive Gesellschaften veröffentlicht. Ausgehend davon, dass europäische Staaten Einwanderungsgesellschaften sind und Bildung eine entscheidende Rolle zur Teilhabe aller gesellschaftlichen Gruppen spielt, werden bestehende EU-Richtlinien zu diesem Themenkomplex aufgeführt und bewertet und Empfehlungen für weitere politische Schritte abgegeben. Betont wird vor allem, die familienpolitische Perspektive stärker in die migrationspolitische Debatte einzubeziehen und alle Familien diskriminierungsfrei zu unterstützen.

- ["Building Inclusive Societies – First steps to bridging the gaps between family, education and migration policies"](#)  

Internationaler Tag der Familie am 15. Mai

Der Internationale Tag der Familie wurde 1993 von der UN-Generalversammlung geschaffen, um die Verbesserung der Stellung von Familien auf dem Gebiet der Menschenrechte und im Bereich der Sozialpolitik anzumahnen. Jährlich findet dieser Tag unter einem anderen Motto statt, das vom UN-Generalsekretär verkündet wird. Das Motto für 2019 lautete „Families and Climate Action: Focus on SDG 13“ . Damit soll auf Ziel 13 „Climate Action“ der Ziele für nachhaltige Entwicklung der UN aufmerksam gemacht und die Rolle betont werden, die Familien dafür spielen. Einerseits wird die Wichtigkeit von Bildung und Sensibilisierung für den Klimawandel in Familien betont, andererseits die Auswirkungen des Klimawandels auf z.B. in der Landwirtschaft tätige Familien beleuchtet.

- [Infoseite der UN zum Internationalen Tag der Familie 2019](#) 

Internationaler Tag gegen Homo-, Bi-, Trans,- und Interphobie am 17. Mai

Zum Internationalen Tag gegen Homo-, Bi-, Trans- und Interphobie (IDAHOBIT) haben verschiedene politische Gruppen, Nichtregierungsorganisationen und Institutionen zum Kampf für ein diskriminierungsfreies Leben für Lesben, Schwule, Bi-, Trans- und Intersexuelle (LGBTI) aufgerufen. Auch die Europäische Kommission setzte ein Zeichen gegen feindliche Einstellungen gegenüber diesen Gruppen, indem sie ihr Hauptgebäude in den Farben der Regenbogenflagge erleuchtete. Obwohl auf EU-Ebene bereits Maßnahmen gegen die Ungleichbehandlung ergriffen wurden, sind in der Europäischen Union sind LGBTI-Personen immer noch in verschiedenen Lebensbereichen wie Arbeit, Bildung, soziale Sicherheit und Gesundheit benachteiligt. Die Kommission rief die Mitgliedstaaten auf, eigene Maßnahmen gegen diese Form der Diskriminierung ins Leben zu rufen bzw. auszubauen.

- [Info-Seite der EU-Kommission zur Gleichstellung von LGBTI-Personen](#) 
- [Jahresbericht über die Umsetzung von Maßnahmen zur Förderung der LGBTI-Gleichstellung](#) 

Bukarest-Deklaration zur politischen Beteiligung von Kindern vorgestellt

Im Rahmen seiner Ratspräsidentschaft will Rumänien die politische Partizipation von Kindern fördern. Zur Vorstellung der Bukarest-Deklaration mit Empfehlungen zum Einbezug von Kindern in politische Prozesse hat das rumänische Arbeits- und Sozialministerium gemeinsam mit UNICEF Rumänien eine Konferenz abgehalten. Die Deklaration wurde von europäischen ExpertInnen für Kinderrechte auf der Basis ihrer Austauschtreffen mit Kindern aus der EU erarbeitet. Sie enthält Empfehlungen für die Gestaltung der politischen Partizipation von Kindern und Jugendlichen in Mitgliedstaaten und auf EU-Ebene. Dazu zählen die Einführung von Evaluationsmechanismen für Kinderrechte, die Einführung von Unterrichtseinheiten zu Demokratie und politischer Beteiligung in der Schule und Konsultationsprozesse zur Gesetzgebung für Kinder. An der Konferenz nahmen VertreterInnen von EU-Institutionen, aus zivilgesellschaftlichen Organisationen und über 60 Kinder teil.

- [Bucharest Children's Declaration](#) 

OECD Startet Youth Governance Survey

Die OECD hat den Youth Governance Survey veröffentlicht, um zu ermitteln, welche Maßnahmen Regierungen weltweit zur Unterstützung junger Menschen und zu ihrer Einbindung in Prozesse der politischen Beteiligung ergreifen. Mitglieder von Jugendorganisationen können sich bis zum 21. Juni beteiligen und angeben, welche Prioritäten ihre Regierung ihrer Meinung nach zur Unterstützung junger Menschen im Übergang zum Erwachsenenleben setzen sollte. Seit dem Jahr 2016 arbeitet die OECD daran, die jugendpolitischen Entwicklungen von Regierungen und staatlichen Verwaltungen zu berichten und zu bewerten. Der neue Survey soll die Datenlage um die Perspektiven und Forderungen junger Menschen ergänzen und herausfinden, wie Regierungen die junge Generation zu aktiver politischer Beteiligung motivieren kann. Die Ergebnisse fließen in die OECD Youth Governance Review ein, die die erste weltweite Vergleichsstudie von institutionellen und rechtlichen Rahmenbedingungen sowie Policies zur Jugendpolitik sein wird.

- [Teilnahme am Survey und OECD Jugendreports der letzten Jahre](#) 

Berichte und Studien

Studie zur Integration der Europäischen Säule Sozialer Rechte in eine vertiefte Wirtschaftsunion

Im Auftrag der Arbeitnehmergruppe im Europäischen Wirtschaftsausschuss hat das European Social Observatory eine Studie zum Einbezug der Europäischen Säule Sozialer Rechte in eine vertiefte Wirtschafts- und Währungsunion durchgeführt. Dazu werden verschiedene Möglichkeiten vorgeschlagen: Die stärkere Ausrichtung des EU-Haushalts auf die soziale Sicherung in der gesamten Union, die Schaffung eines Eurozonenbudgets für Soziales sowie die Einrichtung einer Europäischen Arbeitslosenversicherung. Empfohlen wird außerdem die Etablierung eines Verfahrens zur Identifizierung sozialer Ungleichheiten in EU-Staaten und von mehrjährig angelegten nationalen Aktionsplänen, für die betroffene Staaten finanzielle Unterstützung für soziale Investitionen erhalten sollen.

- [Integrating the European Pillar of Social Rights into the roadmap for deepening Europe's Economic and Monetary Union](#) 

EU-Kommission: Studie zu Armut in Erwerbstätigkeit

Die Europäische Kommission hat eine Studie zu Armut in Erwerbstätigkeit veröffentlicht, die vom European Social Policy Network (ESPN) durchgeführt wurde. Sie zeigt, dass 9,4 % der Erwerbstätigen in EU-Staaten in Haushalten mit einem Einkommen unter der Armutsgrenze leben und diese Zahl weiter anwachsen werde. Armut trotz Erwerbstätigkeit betreffe überdurchschnittlich häufig junge Menschen, Geringqualifizierte, Menschen in atypischen Beschäftigungsverhältnissen und Alleinerziehende. Obwohl Mitgliedstaaten verschiedene sozialpolitische Maßnahmen zur Verfügung stellen, mit denen die sogenannte „In-Work-Poverty“ (IWP) bekämpft werden könne, werde sie als eigenständiges sozialpolitisches Themenfeld in den meisten EU-Staaten noch nicht adressiert.

- [In-Work Poverty in Europe. A Study of National Policies.](#) 



EU-Kommission: Bericht zur Wirkung der EU-Jugendgarantie

Die EU-Kommission hat aktuelle EU-weite und länderspezifische Zahlen zur allgemeinen Arbeitslosigkeit und Jugendarbeitslosigkeit veröffentlicht. Sie zeigen, dass sowohl die Rate der Jugendarbeitslosigkeit (14,6%) als auch der Anteil junger Menschen, die weder in Erwerbsarbeit noch in Ausbildung sind (10,2%), sich seit dem Start der EU-Jugendgarantie auf dem niedrigsten Stand befinden. Seit Beginn der Implementierung des Programms wurden 2,5 Millionen junge Menschen von der EU-Jugendgarantie erreicht, insbesondere in den Regionen, die am stärksten von Jugendarbeitslosigkeit betroffen sind. Allerdings ist die Jugendarbeitslosigkeit immer noch doppelt so hoch wie die Rate der Arbeitslosigkeit in der EU insgesamt.

- [Bericht der Kommission zur Wirkung der EU-Jugendgarantie](#) 

EU-Kommission: Zwei Studien zur Wirkung von Erasmus+

Die Wirkungen des Programms Erasmus+ zur Mobilität europäischer Studierender wurden in zwei Studien analysiert. Sie basieren auf den Antworten von knapp 77.000 Studierenden und MitarbeiterInnen von Hochschulen sowie von mehr als 500 beteiligten Organisationen. Laut der Studien finden 80 Prozent der AbsolventInnen, die am Programm teilgenommen haben, innerhalb der ersten drei Monate nach ihrem Abschluss einen Job. Bei 73 Prozent habe die Auslandserfahrung zur Einstellung beigetragen. Auch die Digitalisierung der Hochschulen und die Öffnung der Lehre für Kooperationen mit außeruniversitären Einrichtungen sei laut der Studie ein Ergebnis des Programms.

- [Studie zu den Auswirkungen von Erasmus+ auf die Hochschulbildung](#) 
- [Studie zu strategischen Partnerschaften von Hochschulen und Wissensallianzen im Rahmen von Erasmus+](#) 

EAPN: Bewertung der jährlichen Wachstumsberichte der Kommission

Das European Anti Poverty Network (EAPN) hat unter dem Titel „No Time for Complacency“ (Keine Zeit für Selbstgefälligkeit) eine kritische Bewertung der Jährlichen Wachstumsberichte der EU-Kommission für die Mitgliedstaaten (s. EuropaNews 03/2019 – Link fehlt!) herausgegeben. Grundlegend wird darauf hingewiesen, dass volkswirtschaftliche Größen die Berichte weiterhin dominieren und trotz erstmaligem Einbezug der Europäischen Säule für Soziale Rechte die Dimensionen Armut und soziale Ungleichheit zu wenig im Fokus der Berichte stehen. Zudem werden die Berichte zu den einzelnen Mitgliedstaaten danach untersucht, ob sie alle Dimensionen der sozialen Sicherheit abdecken und auf fehlende Informationen hingewiesen. Schließlich behandelt der Bericht die Empfehlungen der EU für die Mitgliedstaaten und verweist auf die Notwendigkeit der sozialen Rechte als zentrale Dimension für die Bewertung durch die EU.

- [EAPN Report "No Time for Complacency"](#)  

Population Europe: Discussion Paper zu migrantischen Familien in Europa

Population Europe versammelt in dieser Ausgabe ihrer Discussion Papers verschiedene Beiträge zu Familien mit Migrationshintergrund in Europa. Grundlage der verschiedenen Untersuchungen sind Daten aus dem Generations and Gender Survey, einer Längsschnitturnfrage zu Demographie und Familie, die in europäischen Ländern sowie Japan und Australien erhoben wird. Die Beiträge behandeln Fragen zum Lebensverlauf, Geschlechterverhältnis, Familiendynamiken und sozialen Netzwerken migrantischer Familien in ausgewählten europäischen Ländern. Dabei wird die Heterogenität verschiedener Communities mit Migrationserfahrung und innerhalb dieser der Familien und Individuen betont und darauf verwiesen, dass die Sozialforschung sich den verschiedenen Gruppen mit Migrationshintergrund im Hinblick auf demographische Fragen verstärkt zuwenden sollte.

- [Discussion Paper No. 11: Migrant Families in Europe](#) 

Schweizer Studie zu digitalen Risiken von Kindern und Jugendlichen

Die Studie „EU Kids Online Schweiz“ untersucht die Risiken, denen Kinder und Jugendliche bei ihrer Internetnutzung ausgesetzt sind. Sie wurde von der Plattform „Jugend und Medien“ des Bundesamtes für Sozialversicherungen durchgeführt. Befragt wurde über 1000 Kinder und Jugendliche in der Schweiz im Alter von 9 bis 16 Jahren. Die häufigsten Risiken stellen sexuelle Darstellungen, gewalttätige Inhalte, Diskriminierungen, Kontakt mit Fremden und die Verletzung der Privatsphäre dar. Knapp die Hälfte der 15- bis 16-jährigen Jugendlichen in der Schweiz waren einem dieser Risiken schon mindestens einmal ausgesetzt. Die Studie zeigt auch, dass Kinder und Jugendliche mehr Unterstützung im Umgang mit digitalen Angeboten und den genannten Risiken benötigen. Bilder von Gewalt, Hassnachrichten und Berichte von gefährdendem Verhalten wie Drogenkonsum, Selbstverletzung oder Essstörungen seien weit verbreitet und meist ohne Altersprüfung abrufbar. Im Alter von 14 haben bereits die Hälfte der Jugendlichen sexuelle Darstellungen gesehen und 41 % der 15- bis 16-jährigen wurden von Fremden nach sexuellen Informationen gefragt.

- [Pressemitteilung zur Studie "EU Kids Online"](#)

Bevorstehende Veranstaltungen

Datum/ Ort	Titel der Veranstaltung	Veranstalter
13. Jun 2019 (Online)	Webinar: Flexible working in the digital age - Is everyone a winner?	Eurofound
17. Jun 2019 Brüssel, Belgien	Active Ageing Index (AAI) Stakeholder Seminar	Europäische Kommission
20.- 21. Jun 2019 Bukarest, Rumänien	Investing in Our Shared Future - 8th Evaluation Conference of EU Cohesion Policy	Europäische Kommission
18. – 19. Jun 2019 Leiden, Niederlande	ISSA Conference 2019: Nurturing Environments for the Wellbeing of Young Children and their Families	International Step by Step Association
03.-4. Okt 2019 Helsinki, Finnland	"Shaping a healthy environment fit for children	COFACE Families Europe
27.- 29 Okt 2019 Tartu, Estland	7th Conference of the International Society for Child Indicators (ISCI) "Children of the World: The Touch of Change. Theories, Policies, Practices"	University of Tartu
15.-17. Nov 2019 Rom, Italien	Refugee and Migrant Children and Families Preserving family life through hard challenges	International Commission on Family and Couple Relations

Die **Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V.** ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitsgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie leistet politische Lobbyarbeit für die Belange der Familien und fördert auf nationaler und internationaler Ebene den Dialog und die Kooperation zwischen den familienpolitischen Organisationen und den Verantwortlichen für Familienpolitik. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union) und ist in der International Commission on Couple and Family Relations (ICCFR) aktiv.



AGF e.V. · Karl-Heinrich-Ulrichs-Str. 14, 10785 Berlin · Tel.: + 49 (0) 30 2902825-78

E-Mail: europa@ag-familie.de · Web: <http://ag-familie.de>

Redaktion: Olga Kedenburg, Sven Iversen (v.i.S.d.P.)

Die AGF wird gefördert vom

